

G. Toussaint, Geigersbergstr.31, 76227 Karlsruhe

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH
Redaktion Leserbriefe
Hellerhofstr. 2-4

60327 Frankfurt am Main

Gisela Toussaint
Geigersbergstr. 31
76227 Karlsruhe-Durlach

T 0049 (0)721 1838647

F 0049 (0)721 1838841

Karlsruhe, 12.08.2016

**Leserbrief zum Artikel „Kanada fordert mehr Respekt der Deutschen“
vom 16. April 2016**

Die Aufkündigung des „Gesellschaftsvertrages“ durch CETA und TTIP ist ein Verbrechen gegen die Menschheit und gefährdet den Weltfrieden.

Der UN-Sicherheitsrat ist deshalb aufgerufen, den Abschluss von CETA und TTIP zu verbieten!

Handelsministerin Chrystia Freeland kritisiert die Gegner des Freihandelsabkommens der EU mit ihrem Land und fordert, die Europäer und insbesondere die Deutschen sollten Kanada Respekt zollen und anerkennen, dass Kanada ein souveränes Land sei und einen souveränen Vertrag mit der EU abschließen.

Tatsächlich sind es jedoch gerade die Kritiker der Freihandelsverträge CETA und TTIP sowohl in Kanada selbst als auch in den USA und Europa, die mit ihrem immer stärker werdenden Protesten die Beibehaltung der Souveränität Kanadas, der USA und Europas einfordern und auch bereit sind, dafür zu kämpfen.

Denn man muss gar kein Jurist sein, um sehr schnell zu erkennen, dass die Verträge die Struktur der demokratischer Rechtsstaaten aushebeln und zerstören würden, wodurch die betroffenen Staaten ihre Souveränität verlieren würden. Insbesondere sollen die gesetzgebenden Organe, also die Parlamente, außer Funktion gesetzt werden, da nicht mehr von ihnen neue Gesetze verhandelt und entschieden werden sondern vorab von einem „regulatorischen Rat“ sämtliche Gesetzesvorhaben vorentschieden werden sollen.

Das heißt praktisch, dass von einem geheimen Rat angeblicher Spezialisten für ganz Europa, Kanada und den USA vorab entschieden werden soll, welche Gesetze und in welcher Form an die Parlamente geleitet und dort überhaupt „verhandelt“ werden dürfen. Diese vorher ausgearbeiteten Gesetze sollen dann von den Parlamenten mit vorher festgelegtem Ergebnis „abgestimmt und beschlossen“ werden.

Damit würden unsere Parlamente zu bloßen Marionetten eines „regulatorischen Rates“ verkommen, der eigentlich als „de-regulatorischer Rat“ zu bezeichnen wäre.

Denn eigenständige und insbesondere progressive Gesetzesinitiativen zur weiteren Verbesserung und Absicherung des Gemeinwohls zu entwickeln und zu beschließen würde den Parlamenten wegen des „regulatorischen Rates“ gar nicht mehr möglich sein.

Wie vielfach öffentlich moniert, sollen durch TTIP und CETA insbesondere Arbeitnehmerrechte und Verbraucherrechte, Gesundheitsschutz und Klimaschutz massiv

dereguliert werden (bzw. weiter unreguliert bleiben), nur um die Profite der Reichen und Super-Reichen auf Kosten der Bevölkerung und des Klimas weiter und weiter immens zu steigern.

Und was an Deregulationen aus Angst vor massiven öffentlichen Protesten geheim verhandelt und möglicherweise vorerst sogar im Vertrag noch nicht hineingeschrieben wird, könnte dann bequem auch noch nachträglich durch einen „regulatorischen Rat“ durchgesetzt und erzwungen werden. So soll das berühmte „Living Agreement“ des ehemaligen EU-Handelskommissars de Gucht seine katastrophale antidemokratische Wirkung entfalten.

Wenn nun praktisch beinahe die gesamte Bevölkerung aller Vertragsstaaten durch die vertragliche Entmachtung der von ihr gewählten Parlamente von dem vormals demokratischen und dem Gemeinwohl dienenden Gesetzgebungsvorgang ausgeschlossen werden soll, ist das – werte Frau „Freeland“ und Frau Malmström – wohl die größte und unverschämteste Respektlosigkeit, die Sie - als Repräsentantinnen des Volkes - ihrer und unserer Bevölkerung sowie den die Bevölkerung schützenden Rechtsstaaten zollen können.

Gleichzeitig verlieren derartig demokratiefeindliche RepräsentantInnen des Volkes sowie Regierungen, die dies geschehen lassen, in den Augen des Volkes zu Recht jegliche Legitimation.

Zudem ist begleitend ebenfalls ein elementarer Angriff gegen die ordentliche Gerichtsbarkeit geplant. Lesen Sie hierzu die öffentlichen Stellungnahmen des Europäischen und des Deutschen Richterbundes zur Verfassungswidrigkeit eines geplanten Europäischen Investitionsgerichtes.

Und mittels einer Flut von außergerichtlichen Schiedsverfahren verlieren die Gesellschaften jetzt schon schleichend jegliche Gewähr für die tatsächliche Beachtung, Einhaltung und Durchsetzung der noch bestehenden Gesetze. Auch dies kann jedoch sehr schnell dazu führen, dass sich die schutzlose Bevölkerung selbst an kein Gesetz und keine Regierung mehr gebunden fühlt und anarchistische Zustände die Überhand nehmen.

Alles in allem ist das einfach ein unfassbarer Unsinn, der da geplant wird.

Denn das kann auch überhaupt nicht funktionieren!

Man kann die Geschichte nicht zurückdrehen und in den am weitesten entwickelten Gesellschaften der Welt wie den USA, Kanada und Europa die Demokratie, die soziale Marktwirtschaft und das nationale sowie globale Streben nach Gemeinwohl abschaffen.

Es ist einfach Unsinn, wenn die Reichen und Super-Reichen mittels einer bornierten und verblendeten Polit-Schickeria einfach mal so eben in der westlichen Hemisphäre den berühmten „Gesellschaftsvertrag“ aufkündigen lassen und durch einen deregulatorischen Rat selbst die Macht und die Gesetzgebung übernehmen wollen und zwar offensichtlich nicht für sondern gegen das Volk!

Dies stellt nicht nur einen Angriff gegen die Staaten der westlichen Hemisphäre sondern auch einen Angriff gegen sämtliche Demokratien weltweit sowie gegen die Charta der Vereinten Nationen dar.

Und damit ist die geplante Zerstörung der Demokratie nicht nur als Hochverrat sondern als Verbrechen gegen die Menschheit einzustufen!

Die Reichen und Super-Reichen und ihre Handlanger in den politischen Schaltstellen machen sich also nicht nur schwerstens strafbar, sie machen die westliche Hemisphäre auch in kaum noch zu überbietender Weise lächerlich.

Und die willfährig und borniert agierenden Politiker verspielen zudem den einzigen Trumpf, den sie gegen Diktaturen und Terroristen einsetzen können: Die von der überwiegenden Weltgemeinschaft durch die UNO offiziell anerkannte und über alle Maßen hohe Schutzwürdigkeit der Demokratie.

Zudem dürfte klar sein, dass dieser infame Plan der Reichen und Super-Reichen, für ihre Profitmaximierung die Demokratie abzuschaffen, vor dem Hintergrund des schwerwiegenden Panama-Paper-Skandals sowie der dringend erforderlichen, aber aus Profitinteressen weiterhin unterlassenen, effektiven Klimaschutzes eine hochexplosive Mischung darstellt.

Aufgrund dieser hochexplosiven Situation ist dringend zu befürchten, dass diese bei den Bevölkerungen in den USA, Kanada, Europa und weltweit schwerste und nachhaltigste Ausschreitungen, katastrophale Terroranschläge sowie auch weltweite häßliche und tödliche Angriffe und Rachezüge gegen Reiche jeglicher Art auslösen wird. Solche massiv gewaltsamen Reaktionen gegen die Reichen als Folge von zu massiver Unterdrückung der Bevölkerung hat es zuvor bekanntermaßen bereits während der Französischen Revolution gegeben.

Da die Abschaffung der Demokratie und die Reaktionen der Bevölkerungen hierauf global zu einer absoluten Katastrophe mit völlig unabsehbaren schwersten Folgen für den Weltfrieden und im Übrigen auch zu einem apokalyptischen Zusammenbruch der Weltwirtschaft führen kann, sind die Weltgemeinschaft und auch die Reichen und Super-Reichen gut beraten, CETA, TTIP und ähnliche Verträge nicht zu unterschreiben und auch von dem Plan der Übernahme der Macht durch die Reichen und Super-Reichen endgültig Abstand zu nehmen.

Insofern ist sogar der UN-Sicherheitsrat aufgerufen, CETA und TTIP wegen Gefährdung des Weltfriedens ausdrücklich zu stoppen!

Weiter ist die UNO dringend aufgerufen, im Zusammenhang mit der anstehenden Wahl eines neuen UN-Generalsekretärs, einen neuen, sehr ernsthaften Anlauf zu nehmen, die Demokratien und das Gemeinwohl weltweit zu schützen, deutlich zu stärken und gegen Diktaturen durchzusetzen, um nun tatsächlich u.a. durch faire Welthandelsverträge das demokratische Gemeinwohl aller Völker sowie den aktiven Klimaschutz global zu gewährleisten und nachhaltig zu festigen und zu entfalten.

Nur so können wir als Weltgemeinschaft unter dem Schutzschild einer effizienten UNO in Frieden, Sicherheit, Würde und Gerechtigkeit miteinander leben und überleben.

Und nur so können wir als Weltgemeinschaft endlich auch alle erdenklichen Kräfte auf effektive Maßnahmen konzentrieren, die schnellstmöglich die bedrohliche weitere Erwärmung des Planeten beenden und dadurch die Entfaltung des Lebens der Menschheit auf diesem Planeten für viele weitere Generationen ermöglichen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Toussaint